

Lebendiges Eimsbüttel: sozial, bürgernah, umweltbewusst

Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Bezirksversammlung Eimsbüttel zwischen der SPD und der GAL in der Legislaturperiode 2011-2014

Präambel

Wir wollen die langjährige erfolgreiche rot-grüne Zusammenarbeit im Bezirk Eimsbüttel fortsetzen. Wir wollen dabei insbesondere die begonnene Stärkung der Bürgerbeteiligung fortsetzen. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam die Zukunft des Bezirks gestalten und die Lebensbedingungen für alle verbessern.

Der Bezirk Eimsbüttel hat immer Wert auf seine Eigenständigkeit gelegt, auch in Zeiten der rot-grünen oder schwarz-grünen Koalition im Senat. Die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungsmöglichkeiten für den Bezirk sind immer abhängig vom finanziellen und organisatorischen Spielraum, den der Senat ermöglicht. Den Partnern ist dabei bewusst, dass die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen nur beschränkte Gestaltungsspielräume ermöglichen. Diese wollen wir aber für die Weiterentwicklung des Bezirks nutzen.

Im Vordergrund stehen für Entscheidungen der Bezirksversammlung die Interessen des Bezirks Eimsbüttel – an diesen orientiert sich das Handeln beider Partner.

Wir wollen mit weiterem Wohnungsbau, insbesondere im geförderten Wohnungsbau, der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt entgegenreten. Dabei werden wir das Spannungsverhältnis zwischen der Notwendigkeit der Bebauung und den ökologischen Belangen in einem transparenten Abwägungsprozess auflösen. Wir wollen moderne Mobilität für Eimsbüttel, die sich an den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen orientiert.

Eimsbüttel ist ein beliebter und lebendiger Bezirk. In der nachfolgenden Vereinbarung haben wir die Projekte und Vorhaben aufgeführt, die im Mittelpunkt der Zusammenarbeit stehen werden:

- Zukunft des öffentlichen Raumes – Stadt- und Stadtteilentwicklung (Stadtplanung, Verkehr und Umwelt)
- Zukunft für Alt und Jung – Familien und Kinder
- Zukunft für Eimsbüttel – Erfolgreiches Wirtschaften und Kulturstandort Eimsbüttel

Zukunft des öffentlichen Raumes – Stadt- und Stadtteilentwicklung (Stadtplanung, Verkehr und Umwelt)

Stadtplanung

Stadt- und Stadtteilentwicklung in Eimsbüttel, Zukunft des öffentlichen Raumes

Wir wollen, dass Eimsbüttel auch in Zukunft zu den attraktivsten und beliebtesten Bezirken Hamburgs gehört, dass Familien und Kinder, Alt und Jung gerne hier leben, dass Unternehmen, Gewerbe und Einzelhandel hier gute Rahmenbedingungen finden. Durch seine dichte Besiedlung und die zentralen Verkehrsachsen müssen die Interessensgegensätze zwischen Wohnungsbau, insbesondere für Familien und Kinder, zwischen Wirtschaft und Unternehmen, Verkehr sowie Erhalt und Ausbau des Grüns immer wieder sorgfältig aufeinander abgestimmt und ausgewogen werden.

Für diese Legislaturperiode haben wir uns Folgendes vorgenommen:

Maßnahmen zur Entwicklung und Stärkung der bezirklichen Zentren (Hoheluft, Osterstraße, Frohmestraße, Siemersplatz/Grelckstraße, Tibarg, Eidelstedt) sollen auf Grundlage des Einzelhandels- und Nahversorgungskonzeptes weiterentwickelt und unterstützt werden. Die Attraktivitätssteigerung der Zentren ist wichtig für die weitere Entwicklung der Stadtteile.

Insbesondere im Bereich Einzelhandel sollen Maßnahmen und Perspektiven hinsichtlich seiner Nahversorgungsfunktion entwickelt und strategisch umgesetzt werden. Hier ist vor allem auf ein abgestimmtes und transparentes Vorgehen im Hinblick auf Aktivitäten der Verwaltung im Rahmen von Kontakten mit einzelnen Unternehmen hinzuwirken.

Aktivitäten zur Bildung von BIDs (Business Improvement District) sollen unterstützt werden, wenn sie von den Gewerbetreibenden und Grundeigentümerinnen und Grundeigentümern selbst gewollt und angeschoben werden. Privatisierungen des öffentlichen Raumes sollen nicht erfolgen. Das BID am Tibarg zeigt, dass eine enge Beteiligung der regionalen Politik und Öffentlichkeit sinnvoll ist.

Die angestrebte Verlagerung des Informatikums der Universität macht es notwendig, einen offenen Planungsprozess für Stellingen mit dem Ziel der Schaffung von Wohnraum zu beginnen, um die weiteren Ziele einer städtebaulichen Entwicklung festzulegen. Hierbei wollen wir eine umfassende Bürgerbeteiligung sicherstellen. Dabei wollen wir auch bürgerschaftliche Nutzungen dauerhaft absichern und Nutzungen für Nahversorgung sollten möglich sein. Auch soll Stellingen weiterhin ein wichtiger bezirklicher Standort für den Sport bleiben.

Bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes ist Folgendes wichtig:

Bei Veränderungen im öffentlichen Raum, Neugestaltungen und Baumaßnahmen darf die Wettbewerbsfähigkeit kleinerer Gewerbetreibender nicht gefährdet werden.

Die öffentliche Sichtbarkeit der Planung muss verbessert werden, unter anderem durch bessere Werbung und größere Beteiligung am Prozess. Hier sehen wir die Notwendigkeit, das bereits entsprechend begonnene Handeln des Bezirksamtes auszubauen.

Über die Grenzen der Beteiligung im Rahmen von öffentlichen Plandiskussionen und öffentlichen Ausschusssitzungen hinaus wollen die Partner eine frühzeitigere und breitere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei wichtigen Maßnahmen und Planvorhaben sicherstellen.

Die Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf Bürgerinitiativen und der Dialog mit diesen müssen ausgebaut werden. Naturschutzrechtliche Fragestellungen sollen sehr frühzeitig mit den Naturschutzverbänden erörtert werden.

Jede Neubebauung soll sich städtebaulich und in ihren Dimensionen ins Umfeld einfügen. Nachverdichtung sowie Innenentwicklung auf Brachen oder bebauten Grundstücken muss Vorrang haben („Flächenrecycling“).

Energiesparende Bauformen müssen energisch vorangetrieben werden. Wir wollen sicherstellen, dass in den anstehenden Planungsvorhaben energetische Fragestellungen, wie z.B. Energiespar-Standards, verstärkt und sehr zeitnah angegangen werden.

Darüber hinaus muss Barrierefreiheit bei großen Bauvorhaben ebenso zum Standard werden wie eine Planung, die die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderungen regelhaft einbezieht.

Für momentane Bebauungspläne gilt:

DRK-Fläche Behrmannsplatz (Bebauungsplan Lokstedt 61)

- Es soll geförderter und bezahlbarer Wohnraum auf Grundlage des Ergebnisses des städtebaulichen Wettbewerbes entstehen.

Willinks Park (Bebauungsplan Lokstedt 59)

- Aufgrund der erheblichen naturschutzrechtlichen Bedenken wird das Vorhaben im Hinblick auf seine Machbarkeit skeptisch gesehen.

Eidelstedter Center (Bebauungsplan Eidelstedt 71)

- Zur Stärkung des bezirklichen Zentrums ist grundsätzlich die bauliche Erweiterung notwendig. Der Baumbestand sollte, wenn möglich, erhalten bleiben.

Die Koalitionspartner bemühen sich darum, zentrenschädigenden Einzelhandel im Bereich der Holsteiner Chaussee zu verhindern.

Wir wollen die Sicherung und den Schutz der Eidelstedter sowie Schnelsener Feldmark unter Abwägung von Erholungs-, Landwirtschafts- und Naturschutzbelangen sicherstellen.

Das Verfahren zur Schaffung einer sozialen Erhaltungssatzung und Umwandlungsverordnung für Eimsbüttel-Süd wollen wir zügig fortführen.

Universität

Wir wollen die Universität stadtteilverträglich weiterentwickeln.

Transparenz, Information und echte Beteiligung, nicht nur der Anwohnerinnen und Anwohner, sondern aller Beteiligten sind für uns zentrale Punkte. Wir setzen uns bei der Weiterentwicklung der Universität darüber hinaus für den Erhalt der Grünflächen, eine Verbindung der getrennten Campusteile durch ein neues Verkehrskonzept und ein stadtplanerisches Gesamtkonzept für den Stadtteil und die Universität ein.

Verkehr

Wir wollen die Verkehrspolitik so gestalten, dass sich die Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer mit ihren unterschiedlichen Transportmitteln gleichberechtigt, sicher, entspannt und zügig durch Eimsbüttel bewegen können.

Besonders in den dicht besiedelten Gebieten des Kerngebietes müssen die Bedürfnisse der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer austariert werden. Nach einer gemeinsam aufgestellten Prioritätenliste sollen integrierte quartiersbezogene Parkraum- und Verkehrskonzepte aufgestellt werden. Ausgangspunkt soll dabei eine Bestandsaufnahme der Mobilitätsbedürfnisse sein. Dazu gehören die Fragen, für wie viele Anwohnerfahrzeuge (KFZ und Fahrrad) derzeit wie viel Parkraum zur Verfügung steht und welche aktuellen Probleme im Zusammenhang mit dem ruhenden Verkehr jeweils bestehen (verkehrswidriges Parken, Zuparken von Rad- und Fahrradwegen etc.). Auch die Wegebeziehungen für Fußgängerinnen und Fußgänger sollen in diesem Zusammenhang analysiert und es sollen Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

Die Konzepte sollen folgende Fragestellungen miteinbeziehen und unterschiedliche Instrumente miteinander verzahnen:

- Gestaltungsspielräume im Straßenraum schaffen durch Verlagerung von Autostellplätzen in Quartiersgaragen (ggf. mit differenziertem Gebührensystem je nach Quartier)
- Parksuchverkehr vermindern durch Anwohnerparken
- Stellplätze für Carsharing
- mehr Fahrradhäuschen und Fahrradbügel
- Aufwertung des Verkehrsraums für Fußgängerinnen und Fußgänger
- Verbesserung von ÖPNV-Querverkehren
- Abbau von Anreizen für sonstigen Parkplatzsuchverkehr
- Reduktion von Falschparken, insbesondere an gefährlichen Stellen

Tempo 30

Wir wollen den bereits geplanten Ausbau von Tempo 30 vorantreiben. Besonders in solchen Straßen, in denen die Geschwindigkeitsbegrenzung mehrfach wechselt, ist durchgehendes Tempo 30 auch ein Beitrag zur Reduzierung des Schilderwaldes – gerade mit Blick auf die kleineren Querstraßen. Als vordringlich wollen wir die Einführung von Tempo 30 im Eppendorfer Weg realisieren. Die bereits von der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation für Tempo 30 in Aussicht gestellten Straßen werden wir zügig umwandeln. Um

die Einhaltung der Tempolimits zu befördern, sollen auch bauliche Mittel zur Verkehrsberuhigung eingesetzt werden.

Kontrolle von Verkehrsgefährdungen

Um Gefährdungen für die Eimsbüttlerinnen und Eimsbüttler zu reduzieren, setzen wir auf eine Verdoppelung des Bezirklichen Ordnungsdienstes. Insbesondere gefährliches Falschparken, aber auch Radfahren auf Fußwegen, sollen verstärkt kontrolliert werden. Außerdem setzen wir uns für eine konsequentere Tempokontrolle in Wohngebieten ein.

Carsharing

Um das Carsharing als Alternative zum (Zweit-) Privatwagen zu fördern, setzen wir uns dafür ein, dass den Anbietern zusätzliche Flächen zur Verfügung gestellt werden. Im Sinne der Zugänglichkeit und Sichtbarkeit sollte dies nicht nur in Tiefgaragen, sondern (unter Rücksichtnahme auf die örtliche Parkplatzsituation) auch im Straßenraum gefördert werden. Weitere Potenziale wollen wir auf größeren Parkflächen, z.B. bei Supermärkten oder öffentlichen Einrichtungen erschließen.

Osterstraße

Die Osterstraße soll als Zentrum von Eimsbüttel-West attraktiver werden. In Zusammenarbeit mit Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Gewerbetreibenden soll der ruhende Verkehr zwischen Schwenckestraße und Methfesselstraße neu geordnet werden. Hierdurch wollen wir lebenswertere Nebenflächen schaffen, im Wesentlichen ohne dabei legale Parkplätze abzubauen. Um den Durchgangsverkehr zu minimieren, streben wir die Verkehrsberuhigung dieses Abschnitts mit Tempo 30 an. Ziel ist es, dass alle am Verkehr und an den Verkehrsflächen der Osterstraße gleichberechtigt teilhaben.

Entlastung und Busbeschleunigung Kieler Straße

Die großen Bauprojekte in Altona dürfen nicht in Eimsbüttel zum Verkehrsinfarkt führen, davon sind insbesondere Kieler Straße und Fruchttallee bedroht. Hier erwarten wir Umsteuerungen zugunsten öffentlicher Verkehrsmittel und eine faire Verteilung des KFZ-Aufkommens. Um die Kieler Straße zu entlasten, setzen wir uns für eine stärkere Umlenkung des Verkehrs über den Holstenkamp auf die BAB-Anschlussstelle Volkspark ein. Im Zuge der entstehenden Entlastung wollen wir eine Busspur auf der Kieler Straße prüfen, um insbesondere die Metrobuslinie 4 zu beschleunigen.

Verbesserung des Eimsbüttler Bussystems

Die Beschleunigung der zentralen Buslinien im Bezirk durch Ampelvorrangschaltungen und durch eigene Busspuren wollen wir unterstützen. Für die Linie 5, Europas meistfrequentierte Buslinie, sind allerdings die Grenzen der Belastbarkeit weitgehend erreicht. Kurzfristig fordern wir dennoch Optimierungen, um Konvoifahrten mehrerer Busse zu vermindern und die Verlässlichkeit der XXL-Busse zu erhöhen.

AKN: S-Bahn für Schnelsen/ Eidelstedt

Wir unterstützen die Bestrebungen der AKN, ihre Strecke zu elektrifizieren und die Fahrzeugflotte kompatibel zum S-Bahnsystem zu erneuern, um einen umweltfreundlicheren,

komfortableren und günstigeren Betrieb aus unseren nördlichen Stadtteilen mindestens bis zum Hauptbahnhof zu realisieren.

Radverkehrsförderung

Wir wollen den Radverkehrsanteil in Eimsbüttel deutlich steigern. Dafür müssen Radfahrstrecken bequemer und an ein erhöhtes Fahrradverkehrsaufkommen angepasst werden. Dazu wollen wir die bestehenden Alltagsrouten 2 und 3 ausbauen und weitere Alltagsrouten, gerade auch Querverbindungen, identifizieren. Eine geräumige und glatte Streckenführung gehört ebenso dazu wie eine bevorzugte Überquerung der Hauptverkehrsstraßen, etwa durch Verkehrsinseln oder Vorzugsschaltung von Anforderungsampeln. Die durchgängige farbliche Markierung sowie Piktogramme auf der Straße sollen die Sichtbarkeit und damit die Attraktivität dieser stark frequentierten Hauptfahrradrouen, aber auch der anderen Fahrradstrecken fördern. Insgesamt wollen wir in Übereinstimmung mit der StVO und der Verkehrsforschung mehr Fahrradverkehr auf die Fahrbahn – wo nötig mit Radfahr- oder Schutzstreifen – verlagern. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Mittel zur Förderung des Radverkehrs im Haushalt gesondert ausgewiesen werden.

Schlaglöcher

Bei der Beseitigung von Straßenschäden müssen vorrangig jene Schlaglöcher beseitigt werden, die für alle, besonders aber für Zweiräder eine Gefahr darstellen. Wir setzen uns für eine auskömmliche Finanzierung der Fahrbahnsanierung ein.

Fahrradparken

Eimsbüttel ist Vorreiter bei den Fahrradparkhäuschen, mit denen Anwohnerinnen und Anwohner sich einen sicheren und trockenen Abstellplatz für ihr Rad schaffen können. Wir wollen diese weiter fördern und dabei mit den Herstellern in Zukunft auch Modelle entwickeln, die beispielsweise Seniorinnen und Senioren ein weniger kraftaufwändiges Einparken ermöglichen. Außerdem wollen wir in einem neuen 1000-Bügel-Programm mehr Abstellplätze für Fahrräder schaffen.

Strukturen für ein besseres Fahrradklima

Das vom Bezirk in Auftrag gegebene Fahrradkonzept soll schnell verwirklicht werden. Es ist Teil der Radverkehrsstrategie für Hamburg, die wir ebenfalls im Bezirk verwirklichen wollen. Um die spezifischen Bedarfe des Radverkehrs stärker bei Planungen zu berücksichtigen und als Ansprechpartner/in für Fahrradpolitik wollen wir eine/n bezirkliche/n Fahrradbeauftragte/n berufen. Außerdem wird ein regelmäßiges Fahrradforum veranstaltet, bei dem die Förderung des Fahrradverkehrs von den verschiedenen Beteiligten vorangetrieben werden kann.

StadtRad

Das StadtRad-Netz soll – entsprechend dem Vorbild Paris, wo der Abstand zwischen den Leihrad-Stationen in der Regel nur 300 Meter beträgt – mit weiteren wohnortnahen Stationen abseits der Schnellbahnhaltestellen ausgebaut werden. Stationen sollten aber auch die Zentren der Stadtteile im Bezirk, wie Stellingen, Eidelstedt, Lokstedt oder Niendorf erhalten, die vom Kerngebiet mit dem Rad problemlos erreichbar sind.

Schulwegsicherung

Wir wollen weiter darauf drängen, dass gemeinsam mit Schulleitungen, Elternräten, Polizei, Bezirksverwaltung und -politik regelhaft an allen Schulen, insbesondere Grundschulen, großflächige Begehungen durchgeführt werden, um die Schulwegsicherheit konkret und vor Ort zu überprüfen und Verbesserungen sachgerecht durchführen zu können. Dabei sind die „realen“ Schulwege zum Maßstab zu machen (auch Hintereingänge, Abkürzungen etc.).

Autobahndeckel

Wir begrüßen die Überdeckelung der Autobahn A 7 in Stellingen und Schnelsen. Wir setzen uns dafür ein, die Baumaßnahmen so zu gestalten, dass sie für die Anwohnerinnen und Anwohner erträglich sind. Dafür brauchen wir auch ein Konzept für den Verkehrsfluss rund um die Baustellen, das folgende Problembereiche aufgreift:

- Vermeidung bzw. Lenkung von Baustellenausweichverkehr
- Schleichwegvermeidung durch kleine Wohnstraßen
- Vermeidung von Behinderungen für die Buslinien
- temporäre LKW-Verbote
- veränderte Ampelschaltungen

Reduzierung von Straßenlärm

Im Bereich Straßenlärm, insbesondere entlang der großen Hauptverkehrsachsen, unterstützen die Koalitionspartner alle Maßnahmen, die zu einer Entlastung der Bevölkerung führen. Dazu können auch bauliche Maßnahmen wie etwa Flüsterasphalt dienen.

Wir werden untersuchen, inwieweit ein Nachtfahrverbot für LKW im Bezirk praktikabel und lärmvermeidend wirken könnte.

Güterumgebungsbahn

Für die Güterumgebungsbahn wird ein effektiver Lärmschutz gefordert. Die DB muss ihren Lärmschutzverpflichtungen vollumfänglich gerecht werden.

Flughafen

Bezüglich der durch den Flughafen verursachten Lärmimmissionen im Bezirk setzen wir uns für lärmmindernde Maßnahmen und vor allem die strikte Einhaltung des Nachtflugverbotes ein.

ICE-Werke

Wir bekennen uns zu den Standorten der ICE-Werke in Eimsbüttel, setzen uns aber weiter für eine Lärmreduzierung des Betriebes ein.

Grün, Umwelt und Verbraucherschutz

Baumschutz im Bezirk

Die Koalitionspartner werden die erfolgreiche Politik, den Baumschutz transparenter und zielgerichteter zu gestalten, gemeinsam fortsetzen. Wir wollen den Baumbestand im Bezirk sichern und uns verstärkt um Pflege- und Schutzmaßnahmen kümmern. Dazu zählt auch, dass wir dafür werben, dass die Abteilung Stadtgrün mit ausreichend Mitteln ausgestattet wird. Im Bereich Straßenbäume wollen wir uns dafür einsetzen, dass die nachgepflanzten Bäume nicht nur den geologischen und meteorologischen Ansprüchen ihrer Standorte genügen, sondern auch ein möglichst hohes Maß an Biodiversität gewährleisten. Darüber hinaus wollen wir verstärkt für die Übernahme von Baumpatenschaften werben.

Parks, Wälder und Grünachsen

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Parks, Grünanlagen und Feldmarken Eimsbüttels vor Baubegehrlichkeiten gesichert werden.

Wir wollen die Biotopverbundlinien und Grünachsen im Bezirk stärken. Entlang des Isebek-Ufers soll dieser Anspruch nach dem Willen der Koalitionspartner auch planrechtlich abgesichert werden.

Die Grün- und Parkpflege in Eimsbüttel soll möglichst unter ökologischen Aspekten erfolgen.

Für das Niendorfer Gehege wurde in der vergangenen Legislatur ein Gesamtkonzept erarbeitet und verabschiedet. Die Koalitionspartner setzen sich dafür ein, dass dieser Beschluss umgesetzt und Neubauten im und am Gehege eine Absage erteilt wird. Wir wollen gewährleisten, dass alle Beteiligten in Planungen eingebunden werden. Und wir setzen uns dafür ein, dass der Förster auch im Forsthaus untergebracht wird.

Artenschutz und Artenvielfalt

Wir werden uns für mehr Artenvielfalt in Eimsbüttel einsetzen – sei es in Parks und Grünanlagen, in den Feldmarken und Landschaftsschutzgebieten, im Straßenraum oder auf privatem Grund.

Mit dem Großen Abendsegler als Patentier des Bezirks gilt unsere besondere Aufmerksamkeit dem Schutz der Fledermäuse. Hier gilt es, Maßnahmen zu treffen, um ihre Bestände nicht nur zu sichern, sondern wieder auszubauen.

Sauberkeit im öffentlichen Raum

In Eimsbüttel, vor allem aber im Kerngebiet, ist die Restmüllentsorgung mittels Rosa Säcken ein weithin sichtbares Problem. Wir unterstützen die Stadtreinigung Hamburg in ihrem Bemühen, diese Form der Müllentsorgung zurückzudrängen. Hier wollen wir auf bezirklicher Ebene Standorte identifizieren, wo dies möglich ist, und gemeinsam mit Anwohnerinnen und Anwohnern nach Alternativen suchen, die auch den öffentlichen Raum einbeziehen.

Gewässerschutz im Bezirk

Wir setzen uns dafür ein, dass die Gewässer in Eimsbüttel weiterhin renaturiert werden. Diese Maßnahmen tragen zu einem nachhaltigen Hochwasserschutz für die betroffenen Gebiete bei und werden von den Koalitionspartnern deshalb nachdrücklich unterstützt.

Verbraucherschutz

Wir setzen uns für Transparenz und größtmögliche Sicherheit für Verbraucherinnen und Verbraucher ein.

Der Bezirk nimmt im Bereich Lebensmittelsicherheit die Kontrolle der Hygiene bei der Gewinnung, Zubereitung und Behandlung von Lebensmitteln wahr und leistet umfassenden Schutz vor Gesundheitsgefährdung und –schädigung. Gerade diese Bereiche müssen im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher von Einschnitten verschont bleiben.

Naturschutz im Bezirk

Durch die Streichung der Naturschutzreferate durch den CDU-Senat in der vorvergangenen Legislatur wurde die Wahrnehmung der Naturschutzaufgaben auf bezirklicher Ebene deutlich erschwert. In der vergangenen Legislatur wurde eine Evaluierung angestoßen, um zu prüfen, welche konkreten Folgen diese Maßnahme hat. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Ergebnisse der Prüfung baldmöglichst vorgelegt werden. Auf deren Grundlage werden sich die Koalitionspartner dafür einsetzen, dass der Naturschutz in der Eimsbüttler Verwaltung künftig wieder effizienter wahrgenommen werden kann.

Ausgleichsmaßnahmen

Die Koalitionspartner werden sich dafür einsetzen, dass die Verwaltung im Ausschuss für Grün, Umwelt und Verbraucherschutz darstellt, welche Ausgleichsmaßnahmen für Bauvorhaben stattgefunden haben und geplant sind sowie welche naturwertige Wirkung sie erzielen. Gegebenenfalls werden wir darauf hinwirken, dass entsprechend nachgesteuert wird.

Kleingärten und Urban Gardening

Kleingärten haben in Deutschland eine große Tradition und sind in urbanen Räumen von unschätzbare sozialer Bedeutung. Die Koalitionspartner werden dem auf bezirklicher Ebene Rechnung tragen und sich für die Kleingärten einsetzen. Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie sich Urban Gardening im Bezirk umsetzen lässt, um – wenn möglich – erste Pilotprojekte starten.

Zukunft für Alt und Jung – Familien und Kinder

Bildung

Die Koalitionspartner unterstützen die Vernetzung von Bildungseinrichtungen und fördern die Entwicklung regional spezifischer Bildungslandschaften. Hierbei verweisen wir auf die seit Jahren in Eimsbüttel erfolgreich arbeitende bezirkliche Agentur „Nachbarschaft und Schule in Eimsbüttel“ (NaSchEi), die hierfür wichtige Impulse geliefert hat.

Zu Bildungslandschaften gehören u.a. Kitas, Schulen, Elternschulen, Häuser der Jugend, Jugendklubs, neu zu gründende Bildungshäuser, Bücherhallen, Behinderteneinrichtungen und -verbände, Seniorenzentren etc. Für die Schulen wird es dabei aus unserer Sicht darauf ankommen, sich noch mehr als bisher dem jeweiligen Stadtteil gegenüber zu öffnen. So sollten Schulen z.B. ihre Bibliotheken den Menschen im Stadtteil zugänglich machen.

Beim Ausbau von Ganztagschulen ist für ein attraktives Programm zu sorgen, wobei die Koalitionspartner besonderen Wert auf die Zusammenarbeit der Schulen mit den Eimsbüttler Sportvereinen sowie den Kultur- und Jugendeinrichtungen legen.

Im Kontext von Neubauten im Bezirk Eimsbüttel setzen wir uns dafür ein, dass die jeweiligen Bildungseinrichtungen im Stadtteil entsprechend erweitert werden.

Der zukünftige Schulentwicklungsplan muss für das Eimsbüttler Kerngebiet einen neuen Standort zur Ergänzung des beliebten „Sekundarstufen 1“-Angebotes beinhalten.

Bei der Renovierung von Schul- und auch Sportstätten in Eimsbüttel soll auf Barrierefreiheit geachtet werden.

Die Koalitionspartner befürworten die Umsetzung und die Ausweitung der Inklusion auch an den Eimsbüttler Schulen. Dabei dürfen die allgemeinbildenden und die Sonderschulen nicht allein gelassen werden. Die Betroffenen müssen in die Prozesse einbezogen werden. Für den Übergang zu einem inklusiven Schulsystem bedarf es auch in Eimsbüttel zusätzlicher finanzieller Anstrengungen.

Wir betrachten jede Ausgabe in Bildung als eine Investition in die Zukunft. Wir setzen und dafür ein, dass nicht zu Lasten der Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen gespart wird.

Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode eine Praktikumsbörse für Schülerinnen und Schüler im Bezirk einrichten.

Integration und Vielfalt

Unser Ziel ist es, eine volle gesellschaftliche Teilhabe aller Bewohnerinnen und Bewohner Eimsbüttels zu ermöglichen, denn nur ein vielfältiges Eimsbüttel ist auch stark.

Die Koalitionspartner wollen die Integration und die Vielfalt Eimsbüttels stärken.

Der Erhalt und die Förderung interkultureller Einrichtungen sind besonders wichtig. Ihr Angebot muss nicht nur erhalten, sondern auch ausgebaut werden, im Besonderen für Jugendliche. Für die verschiedenen Initiativen im Bezirk soll eine Plattform geschaffen werden, auf der diese sich in Zukunft besser vernetzen können.

Wir wollen Sportprojekte mit einem integrativen, interkulturellen Charakter fördern. Denn gerade Sport bietet ein besonderes Integrationspotenzial.

Die Verwaltung sollte der kulturellen Vielfalt im Bezirk Rechnung tragen. So soll beispielsweise ein mehrsprachiger Internetauftritt des Bezirks realisiert werden und wichtige Infobroschüren sollen in mehrere Sprachen übersetzt werden.

Sport

Der Sport hat eine zentrale, gemeinnützige Funktion bei wichtigen gesellschaftlichen Feldern wie Integration, Bildung, Gesundheit und Lebensqualität. Das Thema Spiel-, Sport- und Aufenthaltsflächen ist eines der bezirklichen Leitprojekte.

Wir setzen uns weiter für die Sanierung und Aufwertung der Eimsbüttler Sportanlagen ein. Am Furtweg in Eidelstedt, am Bondenwald in Niendorf und auf dem Sportplatz Tiefenstaaken unterstützen wir die Planungen, Kunstrasenspielfelder einzurichten. Zudem wollen wir für Vereine und weitere Sportanlagen Perspektiven entwickeln und Verbesserungen erreichen, wie z.B. in Stellingen oder im Eimsbüttler Kerngebiet.

Eine Gebühr für die Nutzung städtischer Sportstätten sowie ein zentralisiertes Sportstättenmanagement lehnen wir ab.

Die Koalitionspartner unterstützen den Ausbau und die langfristige Sicherung von Programmen wie „Kids in die Clubs“, die es allen Bevölkerungsgruppen unabhängig von Geschlecht, Herkunft oder finanzieller Situation ermöglichen, Sport zu treiben.

Kooperationen zwischen Schulen, Kitas und Sportvereinen wollen wir auch vor dem Hintergrund eines ganztägigen Lernens weiter ausbauen.

Jugendhilfe

Unsere Kinder sind unsere Zukunft und deshalb gehört den Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen unsere besondere Aufmerksamkeit. Alle Kinder haben das Recht auf gute und fördernde Bedingungen für ihre Entwicklung, aber nicht alle Kinder finden diese Bedingungen vor – deshalb sind wir als Bezirk in der Pflicht.

Wir werden uns für eine verbesserte Kooperation von vorschulischen und schulischen Bildungseinrichtungen einsetzen. Dies gilt insbesondere beim Übergang in die Grundschule.

Wir setzen uns ein für die Weiterentwicklung der Qualität des Betreuungs- und Bildungsangebotes und die Verbesserung der Personalausstattung der Kitas.

Ebenso setzen sich die Koalitionspartner dafür ein, dass regionale Konzepte für die Ganztagsbetreuung vor Ort entwickelt werden.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass Schule und Hortträger gemeinsame Lösungen finden, um den akuten Mangel an Hortplätzen in Eimsbüttel zu beheben.

Beim Ausbau von Ganztagschulen setzen wir uns für ein attraktives Ganztagsprogramm ein. Dabei ist die Zusammenarbeit von Sportvereinen, Kultur und Jugendeinrichtungen zu fördern. Der eigenständige Charakter der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und die

besonderen pädagogischen Chancen außerschulischer Bildung dürfen nicht zur Disposition gestellt werden.

Die Koalitionspartner setzen sich weiterhin für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ein. Das heißt, dass diese Angebote auch in Zukunft von finanziellen Einschnitten in die kulturelle und soziale Infrastruktur der Stadt verschont bleiben sollen.

Wir werden Einrichtungen fördern und weiterentwickeln, die Familien bei der Bewältigung ihres Erziehungsauftrages unterstützen.

Weiterhin werden wir Konzepte für „aufsuchende Hilfen“ zur Vermeidung von Verwahrlosung bei sozial auffälligen Familien unterstützen und ebenso die Sozialarbeit und aufsuchende Straßensozialarbeit stärken.

Bei der Vergabe von bezirklichen Sondermitteln werden wir weiterhin Projekte der Kinder- und Jugendarbeit bevorzugt berücksichtigen.

Zu Beginn der Legislaturperiode werden wir einen Kinder- und Jugendarmutsbericht einfordern, um auf dessen Grundlage zielgerichtet weiter daran zu arbeiten, die Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

Das Projekt zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Planungen und Vorhaben im öffentlichen Bereich wird weiterhin von uns unterstützt mit dem Ziel der Einrichtung einer eigenen kontinuierlichen Vertretung als Jugendparlament.

Soziales

Wir werden uns in den kommenden drei Jahren dafür einsetzen, dass die Inhalte des Eimsbüttler Seniorenleitbildes vollständig umgesetzt und fortwährend weiterentwickelt werden.

Wir wollen daran arbeiten, dass die Menschen im Bezirk Eimsbüttel ihre sozialrechtlichen Ansprüche geltend machen, dazu gehört für uns auch eine Optimierung des Beratungsangebotes.

Ebenfalls möchten wir schrittweise erreichen, dass der Bedarf an Versorgung und Angeboten für Obdachlose gedeckt wird.

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen, wie z.B. des ausgesetzten Zivildienstes, wollen wir im Bezirk ein Dialogforum mit sozialen Trägern initiieren, um die Entwicklung kritisch zu begleiten und an einer Verbesserung der Situation mitzuwirken.

Die ehrenamtliche Arbeit ist wichtig für die Gesellschaft. Deshalb wollen wir, dass das ehrenamtliche Engagement auch weiterhin, durch die Verleihung des Bürgerpreises, gewürdigt und gefördert wird.

Gesundheit

Auch die Gesundheit der Eimsbüttlerinnen und Eimsbüttler ist uns besonders wichtig.

Für uns bilden die Evaluationsergebnisse zur Umsetzung von Pflegestützpunkten in Hamburg die Grundlage dafür, die Beratungsangebote in Eimsbüttel weiterzuentwickeln und auszuweiten. Gruppenspezifische Hemmnisse wollen wir dabei abbauen, z.B. für Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Beeinträchtigung, damit auch jede und jeder die vorhandenen Angebote nutzen kann.

Die nächsten Gesundheitskonferenzen in Eimsbüttel sollen zu den Themen „Gesund alt werden“ und „Gesundheit am Arbeitsplatz“ ausgerichtet werden. Bereits in den Vorbereitungsprozessen werden wir die jeweiligen Akteure einbinden und damit eine stabile Vernetzung herstellen.

Ebenfalls wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Suchtbeirat erhalten bleibt und bestehende Angebote gestärkt und notwendige neu initiiert werden.

Frauen

Noch immer gibt es ein Gefälle bei den ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen der Geschlechter. Hamburg bildet dabei keine Ausnahme, wie jüngste Zahlen zum Thema Frauen in Führungspositionen gezeigt haben.

Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass der Bezirk Eimsbüttel einen Frauenbericht erstellt, der Aufschluss über die soziale und ökonomische Situation von Frauen im Bezirk gibt.

Gleichstellung

Wir sehen Gleichstellung als Querschnittsaufgabe. Unsere umfassende Gleichstellungsperspektive schließt die Gleichstellung der Geschlechter, der Menschen mit Beeinträchtigungen, der Lesben, Schwulen und Transgender sowie der Menschen mit Migrationshintergrund in den verschiedenen Politikfeldern ein.

Als spezifische Gleichstellungsmaßnahmen wollen wir uns dafür einsetzen, dass in Jugendeinrichtungen, Schulen, Vereinen und Behörden Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für junge Schwule, Lesben und Transgender eingesetzt werden.

Darüber hinaus möchten wir daran weiterarbeiten, dass das Ziel der Barrierefreiheit für Menschen mit Beeinträchtigungen in folgenden Bereichen Anwendung findet: Zugang zu öffentlichen Gebäuden, beim Ausfüllen von Formularen, Reduktion von Hindernissen im öffentlichen Raum und Schaffung eines bedarfsgerechten Anteils von barrierefreien Wohnungen.

Arbeit

Um selbständig für den Lebensunterhalt zu sorgen, ist Arbeit für die Menschen unerlässlich. Durch Arbeit sollen Menschen soziale Anerkennung, Bestätigung und Wertschätzung durch andere erfahren. Arbeitsbedingungen sollten entsprechend gestaltet sein. Arbeit kann aber durch schlechte Arbeitsbedingungen auch krank machen. Im Bezirk wollen wir unterstützen,

dass durch die Einhaltung des Arbeitsschutzgesetzes die Gesundheit der Beschäftigten erhalten wird. Wir wollen uns Gedanken über den Komplex „Leben und Arbeiten“ und die Vereinbarkeit von Privatleben und Arbeit („Work-Life-Balance“) machen.

Genauer hinterfragen werden wir die Arbeitsplätze, bei denen die Beschäftigten einen Lohn erhalten, der zu gering ist und nicht zum Leben ausreicht. Die Arbeitslosigkeit werden wir genauer untersuchen mit dem Ziel, Maßnahmen für die Überwindung der Arbeitslosigkeit zu finden.

Wir setzen uns dafür ein, dass für gleiche Arbeit auch gleicher Lohn gezahlt wird. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften wollen wir intensivieren, z.B. bei gemeinsamen Informationsveranstaltungen.

Zukunft für Eimsbüttel – Erfolgreiches Wirtschaften und Kulturstandort Eimsbüttel

Wirtschaft

Eimsbüttel verfügt über große Betriebe und Unternehmen, die mit ihren vielen Arbeits- und Ausbildungsplätzen und ihrer Wertschöpfung den Bezirk zu einem wichtigen Wirtschaftsstandort machen. Auch zahlreiche mittelständische und kleine Unternehmen, Gewerbe- und Handwerksbetriebe sowie ein attraktiver Mix an Einzelhandelsgeschäften, Restaurants und Kneipen prägen den Bezirk. Die konstruktive Zusammenarbeit mit den Betrieben vor Ort, die Verbesserung ihrer Standortbedingungen und die Berücksichtigung ihrer Interessen bei der öffentlichen Planung bilden die Voraussetzung für erfolgreiches wirtschaftliches Handeln. Daher soll die Eimsbüttler Wirtschaftsförderung erhalten bleiben und die begonnenen Wirtschaftskonferenzen, die dem Erfahrungsaustausch, der Netzbildung und der Anregung für gemeinsame Projekte dienen, werden wir fortsetzen.

Der Bezirk Eimsbüttel bietet dank eines großen Anteils kleiner und mittlerer Unternehmen und zahlreichen kleineren Geschäften vielfältige Arbeitsangebote. Diese Unternehmen sichern durch geregelte und tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse einen Teil des Wohlstands in unserem Bezirk. Es gilt, die hier ansässigen Betriebe in ihrem Bestand und im Hinblick auf Erweiterungsmöglichkeiten durch ausreichende Ausweisung geeigneter Gewerbeflächen zu sichern.

Eimsbüttel hat auch ein Potenzial für kreative Dienstleistungsbetriebe. Die Entwicklung neuer Möglichkeiten in den Bereichen Medien und Informationstechnologie wollen wir fördern und neue Firmen motivieren, sich in Eimsbüttel anzusiedeln. Der Neu- und Ausbau der Universität eröffnet neue Chancen für Existenzgründungen in ihrem Umfeld. Hier soll ein Gründungszentrum helfen, zu koordinieren und zu beraten.

Zur Unterstützung des lokalen Einzelhandels und kleiner sowie mittlerer Unternehmen, insbesondere aus dem Handwerk, wollen wir feste und leicht erreichbare bezirkliche Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Die Attraktivitätssteigerung und Weiterentwicklung der Stadtteilzentren leisten dazu einen weiteren Beitrag, unter anderem durch die Schaffung von Planrecht sowie die Unterstützung der vorhandenen und neuen Initiativen zur Förderung der Zusammenarbeit und gemeinsamer Aktivitäten der Gewerbetreibenden. Quartiersmanagement und auch die Schaffung von BIDs – wenn vor Ort gewünscht und unterstützt – sind hier wichtige Faktoren. Ebenso wie die Stärkung und die Erneuerung der Wochenmärkte, die einen bunten belebenden Akzent in die Einkaufslandschaften der Stadtteile bringen.

Kultur

Auch in Zeiten von Haushaltskonsolidierungen setzen sich die Koalitionspartner für eine bunte Kulturlandschaft in Eimsbüttel ein. Dabei wollen wir die sogenannte Off-Kultur stärken, fördern und mit anderen Institutionen zusammenbringen.

Die Koalition setzt sich für den Erhalt und die Förderung von Geschichtswerkstätten und Bürgerhäusern ein. Kleine Theater, individuelle Kulturzentren, wie zum Beispiel das Logo oder den jüdischen Salon, wollen wir stärken.

Die Kultur von Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen eine bessere Vernetzung der Integrationszentren mit der Stadtteilkultur und sprechen uns für eine besondere Förderung interkultureller und integrativer Kulturprojekte aus.

Im Bereich der Schulen und der Jugendkultur wollen wir die Kooperation zwischen Schulen, Kultureinrichtungen und lokaler Wirtschaft stärken. Angebote der Bücherhallen sollten wohnortnah gesichert und mit den Schulen koordiniert werden.

Die Koalition setzt sich die Bestandsaufnahme und Weiterentwicklung der Erinnerungskultur zur Aufgabe.

Wir wollen den Denkmalschutz sichern, erhalten und dabei achtsam mit Neuem verbinden. Dies soll in der Öffentlichkeit erkennbar werden.

Der Internetauftritt des Bezirksamtes soll ausgebaut und benutzerfreundlicher werden.

Die Koalitionspartner setzen sich im Rahmen der Uni-Erweiterung für den Erhalt der Museen am Martin-Luther-King-Platz ein. Die Museen sollten in den Uni-Neubau einbezogen werden und insgesamt neu konstruiert werden.

Grundlagen der Zusammenarbeit

Eigenständiges Profil einerseits und verlässliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit andererseits erfordern ein Höchstmaß an gegenseitiger Information und Kommunikation. Wir vereinbaren daher folgende Grundprinzipien für unsere Zusammenarbeit:

- Partei- und Fraktionsspitze kommen zu einer regelmäßigen Koalitionsrunde zusammen, um Vorhaben, aber auch Konflikte, frühzeitig miteinander zu besprechen und abzustimmen.
- Die Fraktionsvorstände vereinbaren einen regelmäßigen Jour fixe.
- Anträge werden miteinander abgestimmt.
- In der Bezirksversammlung stimmen die Partner gemeinsam ab. Hiervon kann nur in vorher vereinbarten Ausnahmefällen abgewichen werden.